

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
06. Oktober 2014

Beginn der Sitzung: 18:05 Uhr
Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Ort: Tiengen, Evangelisches Gemeindehaus Öffentliche Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Albers auf die neu angeschaffte Mikrofonanlage hin und erläutert deren Gebrauch.

118.

Ortsvorsteher/in und Stellvertreter/in der Ortschaft Gurtweil Wahl und Verpflichtung

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die zwei zu wählenden Kandidaten Marina Schlosser, als Ortsvorsteherin und Olaf Eichkorn, als Ortsvorsteher-Stellvertreter.

Beschluss:

Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrats Gurtweil gemäß § 71 Gemeindeordnung (GemO) Marina Schlosser zur Ortsvorsteherin und Olaf Eichkorn zum Ortsvorsteher-Stellvertreter der Ortschaft Gurtweil.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Wahl

Gegen eine offene Wahl im Ganzen wurden keine Einwendungen erhoben.

Der Oberbürgermeister nimmt die Verpflichtung vor und wünscht der neuen Ortsvorsteherin und ihrem Stellvertreter für die kommende Amtszeit alles Gute.

119.

Generalsanierung Stadthalle Waldshut mit Hallenbad und Sauna Abschlussbericht Kostenkontrollberechnung

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Dipl.-Ing. Harry Jost vom Projektsteuerungsbüro Jost Consult Münster GmbH, der die Kostenkontrollberechnung anhand einer Präsentation vorstellt.

Der Oberbürgermeister freut sich über die Genauigkeit der Kosten- und Planungssicherheit, die aus dem Abschlussberichtes von Herrn Jost hervorgehe und teilt mit, dass er zum Beschluss des Umbaus der Stadthalle stehe. Außerdem hebt er die Nutzung durch die Schulen als Sporthallenbad hervor und spricht sich gegen eine Lösung als Kombi-Bad aus. Des Weiteren fordert er die Gemeinderäte auf, sich der Diskussion über die Generalsanierung der Stadthalle zu stellen, die Bevölkerung über das Projekt zu informieren und dafür zu werben.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, spricht sich ebenfalls für die Stadthallensanierung und das weitere Verfahren aus.

Stadtrat Alfred Scheuble, FW-Fraktion, bestätigt, dass die Sanierung der Stadthalle unumgänglich sei und dass Herr Jost ihn durch seinen Vortrag über die Kosten- und Planungssicherheit, hinsichtlich der Kostenentwicklung des Projektes vollkommen überzeugt habe.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, freut sich über die verlässliche Finanzierungsrechnung, meint jedoch, dass die Außenanlagen noch der Diskussion bedürften. Außerdem hebt er besonders die Nutzung als Sporthallenbad hervor und betont, dass die Bevölkerung oft nachfrage, ob nicht die Möglichkeit eines Außenschwimmbekens bestehe. Er schließe diese Möglichkeit jedoch von vornherein aus, da die Kosten aufgrund der topografischen Verhältnisse zu hoch seien.

Oberbürgermeister Martin Albers ergänzt daraufhin, dass die Außenanlagen und die Ausstattung nicht ausgeklammert seien, sondern hierfür bereits Beträge eingeplant seien. Jedoch müsse der Gemeinderat über die Außenanlage, sowie über die Ausstattung der Stadthalle (z.B. Stühle) zu einem späteren Zeitpunkt detailliert beraten, da man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen könne, wie diese beiden Bereiche gestaltet werden sollen.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, betont seine kritische Haltung zum Projekt Stadthallensanierung und weist darauf hin, dass für ihn der Nutzen des Projektes der entscheidende Faktor sei. Zum jetzigen Zeitpunkt stelle er in Frage, ob es nicht besser sei, mehr zu investieren und dann ein besseres Ergebnis zu erhalten. Außerdem beantragt er von der Verwaltung eine schriftliche Zusammenfassung des Abschlussberichtes von Herrn Jost. Des Weiteren fragt er nach, welche Besuchermenge die Grundlage für die Berechnung der Lüftungstechnik gewesen sei.

Herr Jost antwortet, dass die Berechnung der Lüftungstechnik auf einer Zahl von 800 Besuchern beruhe.

Stadtrat Albiez-Kaiser stellt in Frage, dass sich die Sauna wirtschaftlich trage und möchte dies detailliert dargestellt haben.

Stadtrat Boll, AfD, steht dem Projekt auch positiv gegenüber, möchte aber, dass andere Projekte, wie die Sanierung der Freibäder, in eine Gesamtbetrachtung mit einbezogen werden. Er möchte dies zusammen mit dem Haushalt 2015 diskutieren.

Der Oberbürgermeister meint zu den Freibädern, dass es dort nur die drei Möglichkeiten gebe, beide Bäder, nur ein Bad oder keines zu sanieren.

120.

Radverkehrskonzept Landkreis Waldshut: Information zum Pilotprojekt Radschutzstreifen auf der L 159

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und begrüßt Uwe Petry vom Ingenieurbüro VAR aus Darmstadt, der das Konzept des Radschutzstreifens vorstellt.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, fragt nach, wie die Akzeptanz des Radschutzstreifens bei den Autofahrern sei.

Herr Petry erläutert anschließend, dass der Autofahrer laut StVO den Radschutzstreifen benutzen könne, wenn es nötig sei. Zudem könne das Kfz den Radfahrer durch den Schutzstreifen besser sehen.

Stadtrat, Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, empfindet den Radschutzstreifen als Vorteil, da der Radfahrer im fließenden Verkehr mitfahren könne und somit besser geschützt sei. Er merkt jedoch an, dass nur wenige Radfahrer die Linksabbiegermöglichkeit Richtung Industriestraße nutzen, sondern weiterfahren und von einem anderen Überweg Gebrauch machen.

Herr Petry nimmt die Anregung von Herrn Vollmer auf, hält aber an seiner Lösung mit der Möglichkeit links abzubiegen fest.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, sieht dem Pilotprojekt auch positiv entgegen, unterstützt aber die Anregung von Gerhard Vollmer und schlägt vor den Schutzstreifen um ca. 50m zu verlängern.

Stadtrat Joachim Tröndle, FDP-Fraktion, ist der Meinung, dass man die Radfahrer von der Straße wegholen solle und durch das Pilotprojekt die Radfahrer in Gefahr gebracht würden.

Herr Petry betont, dass der Radschutzstreifen kein Zwang für den Radfahrer darstellen solle, sondern eine wahlweise Option. Außerdem solle der Schutzstreifen die Radfahrer schützen, die diese Strecke bereits jetzt nutzen und folglich die Verkehrsverteilung, sowie den Verkehrsfluss verbessern.

Oberbürgermeister Albers fragt nach, bis wann der Landkreis die Radschutzstreifen anbringen wolle.

Herr Petry erläutert, dass der Landkreis voraussichtlich im November damit starten könne, die Streifen anzubringen.

Erik Pitzschel vom städtischen Tiefbauamt ergänzt, dass sich das Projekt möglicherweise bis ins nächste Jahr hineinziehen könne.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt das Projekt zur Kenntnis und stimmt dem Pilotprojekt zu.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen
1 Nichtteilnahme

121.

Innenstadt Tiengen: Förderprogramm zur städtebaulichen Erneuerung

Oberbürgermeister Albers erörtert die Sitzungsvorlage. Anschließend stellt Stadtplanerin Margit Ulrich das Sanierungsprojekt der Tiengener Innenstadt mit Förderprogramm vor.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, befürwortet die Aufnahme in das Förderprogramm des Landes, stellt aber an das Sanierungsprojekt folgenden Anforderungen: Die beiden Tiefgaragen sollen wegen der schlechten Stellplatzsituation und der Ansiedlung neuer Geschäfte, zweigeschossig ausgebaut werden. Außerdem sollen das Werne- und das Sparkassengebäude aus drei Geschossen bestehen, da die umliegenden Gebäude ebenfalls dreigeschossig seien und folglich die städtebauliche Leitlinie nicht durchbrochen werden sollte.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, unterstützt das Projekt Innenstadt Tiengen ebenfalls und empfindet die Einbeziehung des Marktplatzes in dieses Projekt als eine positive Entwicklung. Unter Hinweis die Grundwasserproblematik regt er an, auf dem Marktplatz ein Untergeschoss als Parkplatz zu errichten, als Alternative zu evtl. kostspieligen Tiefgaragenplätzen bei den anderen Projekten.

Stadtrat Axel Knoche, GRÜNE-Fraktion, äußert, dass der Zufahrtsknoten in der Weihermattstraße bezüglich der LKWs ein Problem darstellen könne und beantragt, dass diese speziellen Faktoren nochmals intensiv im Stadtentwicklungsausschuss beraten werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für die Stadtumbaumaßnahme „Innenstadt Tiengen“ einen Antrag zur Aufnahme in das Zuschuss-Programm „Aktive Stadt- u. Ortsteilzentren (ASP)“ fristgerecht zum 31.10.2014 beim Regierungspräsidium Freiburg einzureichen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

122.

Fünfte Änderung des Bebauungsplanes “Unterstetten – Untere Neumatten“, Tiengen (Fläche für Sportanlagen):

Satzungsbeschluss nach § 10 BauGB

Bürgermeister Gruner erläutert die Sitzungsvorlage und das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der bei 2 Enthaltungen Zustimmung empfohlen habe.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat behandelt die Stellungnahmen des Landratsamtes Waldshut, des Regierungspräsidiums Freiburg und des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee wie in der Auswertung dargestellt.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
6 Nichtteilnahmen

2. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Änderung des Bebauungsplanes „Unterstetten – Untere Neumatten“, Stadtteil Tiengen als Satzung. Durch Änderung des Bebauungsplanes wird eine Fläche für Gemeinbedarf (Fläche für Sportanlagen) festgesetzt. Die Begründung, die bauplanungsrechtlichen Festsetzungen und der zeichnerische Teil der Änderung sind Bestandteile des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
6 Nichtteilnahmen

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

123.

Vierte Änderung des Bebauungsplanes “Gewerbepark Hochrhein“ (Nutzungsregelung Beherbergungsbetriebe und Schank- und Speisewirtschaften): Erneuter Auslegungsbeschluss

Bürgermeister Gruner erläutert das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle.

1. Beschluss:

Die Einwendungen der Gewerbepark Hochrhein GmbH vom 23.11.2009 werden nicht berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

2. Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den erneuten Auslegungsbeschluss zur Vierten Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbepark Hochrhein“, Stadt Waldshut-Tiengen. Der beigefügte Abgrenzungsplan, die Satzung und die Begründung (jeweils Entwurf) sind Bestandteile des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

124.

Bebauungsplan „Kaitle – Oberes Galgenhölzle – Obere Schlüchtwiesen“, Tiengen: Änderung im Teilbereich der Grundstücke Flst.Nrn. 1198, 1198/1, 1198/2 und 1649: Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur Änderung nach § 13a BauGB

Bürgermeister Gruner erläutert das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes „Kaitle – Oberes Galgenhölzle – Obere Schlüchtwiesen“ Stadtteil Tiengen im Teilbereich der Grundstücke Flst.Nrn. 1198, 1198/1, 1198/2 und 1649.

Die Begründung und der zeichnerische Teil der Änderung (jeweils Entwurf) sind Bestandteile des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

Die Sitzung wird für eine Pause von 19:50 bis 20:05 Uhr unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 16 „Volkshochschule Waldshut-Tiengen“ wird vorgezogen – Einwendungen werden nicht erhoben.

125.

Volkshochschule Waldshut-Tiengen Jahresbericht 2013

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Leiterin der VHS Martina Erdmann und die Geschäftsführerin Cindy Fehrenbacher. Des Weiteren stellt der Oberbürgermeister die Volkshochschule mit ihren Aufgaben und deren personelle Besetzung kurz vor.

Danach präsentieren Cindy Fehrenbacher und Martina Erdmann den Jahresbericht für das Kalenderjahr 2013.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, lobt die VHS für ihre vorbildliche Arbeit, die hohen Besucherzahlen und ihr vielfältiges Programm.

Auf die Frage von Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, nach der Nutzerstruktur der Kursbesucher, antwortet Frau Erdmann, dass die meisten Kursbesucher im Alter zwischen 30 und 60 Jahren seien und das weibliche Geschlecht überwiegen würde.

Stadtrat Axel Knoche, GRÜNE-Fraktion stellt fest, dass die Ausgaben im Jahr 2013 im Vergleich zu den Vorjahren überproportional um 70.000 € gestiegen seien.

Frau Cindy Fehrenbacher erörtert daraufhin, dass die Volkshochschule im Jahr 2013 ausgegliedert wurde und ihre eigene Geschäftsstelle eröffnete, um näher an den Kunden zu sein.

Stadtrat Bernhard Boll, AfD, erkundigt sich über die Kalkulation der Deckungsbeiträge. Frau Martina Erdmann erläutert, dass die Deckungsbeiträge je nach Veranstaltung oder Kurs unterschiedlich kalkuliert würden.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den VHS-Bericht des Jahres 2013 zur Kenntnis und beschließt das neue Jahresprogramm für den Zeitraum September 2014 bis Juli 2015 wie vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

Im Anschluss an den Jahresbericht bedankt sich Oberbürgermeister Albers bei Herrn Walter Hederer für dessen langjährige Mitarbeit und großen Einsatz im Bereich der Volkshochschule.

Herr Hederer erläutert auf die Dankesworte hin die Entstehung seiner Idee zur Kursreihe „Technik und Kultur“ anhand des Beispiels „Papier“ mit Besuch Papiermuseum, Papierfabrik und Primo-Verlag und meint, dass ihm die Arbeit immer sehr viel Spaß bereitet habe und es schön wäre, wenn sich jemand finden würde, der dies weiterführe.

Abschließend bedanken sich VHS-Leiterin Erdmann und Geschäftsführerin Fehrenbacher bei Herrn Hederer ebenfalls für sein langjähriges Engagement und seine Unterstützung mit einem Gutschein für sämtliche VHS-Vorträge nach Wahl.

126.

Baugebiet Bergstadt III

Grundstücksvergaben, 1. Bewerbungsrunde

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und weist auf die Vorberatung des Tagesordnungspunkts im Verwaltungs- und Sozialausschuss hin. Er teilt mit, dass der Verwaltungs- und Sozialausschuss beschlossen habe, bei der nächsten Vergaberunde das Kriterium der Selbstständigkeit künftig mit 2 bzw. 4 Punkten gleich zu gewichten wie das Kriterium „Arbeitgeber in Waldshut-Tiengen“; auf den vorliegenden Vergabevorschlag hätte sich diese Änderung jedoch nicht ausgewirkt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, 25 Baugrundstücke des neu erschlossenen Baugebietes Bergstadt III, auf Basis der am 02. Juni 2014 festgelegten Grundstückspreise, wie vom Verwaltungs- und Sozialausschuss am 29. September 2014 empfohlen, zu vergeben.

Es wird ein Kinderrabatt in Höhe von 5.000,00 € für minderjährige Kinder, die im zukünftigen Haushalt leben werden und finanziell von den Eltern abhängig sind, gewährt. Dieser beträgt bei den jetzt vergebenen Grundstücken 235.000 €.

Eine zweijährige Bauverpflichtung ist einzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

127.

**Parkhausgesellschaft Waldshut-Tiengen mbH
Jahresabschluss 2013**

Der Oberbürgermeister erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, nimmt Bezug auf den Gewinnvortrag von 200.000 € im Jahr 2013 und schlägt vor, der Parkhausgesellschaft weitere Aufgaben zu übertragen, z.B. die Sanierung der Kornhausparkplätze. Der Oberbürgermeister sagt Stadtrat Albiez-Kaiser eine Überprüfung dieser Anregung zu. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat erhebt keine Einwendungen gegen die Vorlage der beigefügten Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Parkhausgesellschaft mbH für das Jahr 2013.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

128.

**Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung
Eigenkapitalzuführung- Satzungsänderung**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und weist darauf hin, dass es in der Vorlage und in § 2 des Satzungsentwurfes heißen muss: „Die Satzung tritt zum 01. November **2013** in Kraft.“.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das dem Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung 2013 zugeführte Eigenkapital in Höhe von 3.000.000 € in ein Trägerdarlehen umzuwandeln. Der Darlehenszins wird auf 3% jährlich festgesetzt.

Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Änderungssatzung zur Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung vom 20. Dezember 1993 mit Wirkung vom 01.11.2013.

Die für 2013 vorgesehene Eigenkapitalverzinsung von 120.000 € wird in 2014 vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

129.

Jahresrechnung und Rechnungsprüfungsbericht Haushalt 2013:

Beschluss

Kämmerer Klaus Lang erläutert die vorliegende Jahresrechnung anhand einer Präsentation.

Oberbürgermeister Albers erläutert u.a., dass die entstandenen Einsparungen keine richtigen Einsparungen seien, sondern dass es sich hauptsächlich um Maßnahmen handle, die im Jahr 2013 nicht durchgeführt worden seien. Zudem erklärt er, dass die Einsparungen im Personalbereich durch den Personalkräftemangel in den Kindergärten zustande gekommen seien und dass sich die Personalausgaben im Jahr 2015 deutlich erhöhen würden, weil im Kindergartenbereich Neueinstellungen nötig gewesen seien. Im

Anschluss geht Oberbürgermeister Albers die wichtigsten Bestandteile der Jahresrechnung mit den Gemeinderatsmitgliedern nochmals durch.

Der Oberbürgermeister vertagt den Rechnungsprüfungsbericht auf die nächste Sitzung, da sich Rechnungsprüfungsamtsleiter Wolfgang Ebner derzeit im Urlaub befindet.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat stellt die Jahresrechnung der Stadt Waldshut-Tiengen für das Haushaltsjahr 2013 gemäß den beigefügten Seiten 4 und 5 fest.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

2. Beschluss:

Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung gemäß den beigefügten Seiten 5 bis 8 der Jahresrechnung fest.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

130.

Klettgau-Gymnasium Tiengen: Besetzungsverfahren der Stelle der Schulleitung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, als Vertreterin des Schulträgers, im Besetzungsverfahren der Stelle der Schulleitung am Klettgau Gymnasium Tiengen, Hauptamtsleiterin Ingrid Eble zu entsenden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

131.

Asylbewerberunterbringung Badstraße Vermietung an Landkreis

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und klärt über die Situation der Asylbewerber in der Unterkunft, Badstraße 46 auf.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, möchte wissen, wie viel Fläche jeder Person in der Unterkunft zur Verfügung stehe.

Kämmerer Klaus Lang antwortet, dass 4,5 m² pro Person; inklusive der Nutzung der Sanitärräume pro Person insgesamt 8 m² zur Verfügung stehen würden. Da die neue gesetzliche Norm bei 7,5 m² pro Person liege, sei diese Norm in der Asylbewerberunterkunft Badstraße eingehalten.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, äußert den Wunsch nach einer Besichtigung der Asylbewerberunterkunft und regt an, diese in die vorgesehene Haushaltsfahrt aufzunehmen. Herr Lang meint, dass die Unterkünfte zu diesem Zeitpunkt bereits belegt seien. Oberbürgermeister Albers wird noch einen Termin für eine Besichtigung der Unterkünfte mitteilen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Gebäude Badstraße 46 dem Landkreis Waldshut auf 25 Jahre zu vermieten. Der Mietpreis beträgt 7.650,00 € zuzüglich Nebenkosten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

132.

Fremdreinigung diverser städtischer Objekte:**Auftragsvergabe**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und weist auf die Übersichtstabelle im Anhang der beigefügten Vorlage hin.

Stadtrat Armin Arzner, CDU-Fraktion, wundert sich über das in der Sitzungsvorlage aufgeführte Los 6 „Glasreinigung Ortsteile Waldshut“, da er sich nicht erklären könne, welche Ortsteile darunter fallen würden.

Der zuständige Sachbearbeiter Norbert Bodmer wird sich um die Klärung dieses Punktes kümmern und Stadtrat Arzner per Mail antworten.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, ob bei der Auswahl der Fremdreinigungsfirmen auch auf die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter geachtet wurde.

Herr Norbert Bodmer bejaht dies und erläutert, dass auch der Mindestlohn bei allen Firmen eingehalten werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Aufträge für die Fremdreinigung für die einzelnen Lose jeweils an den wirtschaftlichsten Bieter (siehe Tabelle Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes) zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

133.

Heimatfeste Schwyzertag Tiengen und Waldshuter Chilbi:**Rückblick 2014 und Mittelbereitstellung 2015**

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, lobt das Heimatfest der Chilbi, regt aber an, dass man den Heimatabend in den kommenden Jahren wieder attraktiver gestalten müsse. Aus diesem Grund schlägt er vor, dass eine gemeinsame Sitzung mit den Stadträten und den Traditionsvereinen stattfinden solle, in der über die Gestaltung und die Finanzierung des Heimatfestes diskutiert werden könne. Außerdem äußert er, dass diese Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit vonstatten gehen solle, da in diesem Rahmen eine konstruktive Kritik möglich sei.

Auf die Frage von Oberbürgermeister Albers, welcher Personenkreis zu der angedachten Sitzung des Verwaltungs- und Sozialausschusses eingeladen werden solle, schlägt Stadtrat Helmut Maier hierfür die Traditionsvereine Alt Waldshut, Junggesellenschaft, Schützengesellschaft sowie Stadtmusik Waldshut und Florianskapelle vor.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, erklärt, dass er den Betrag von 30.000 € für zu hoch halte, zumal auf die Stadt auch noch weitere Kosten zukämen; er beantragt eine Reduzierung auf 20.000 €.

Stadtrat Peter Kaiser, CDU-Fraktion, meint, dass die Vereine für das Konzept und die Umsetzung des Heimatabends mindestens eine finanzielle Grundlage von 30.000 € benötigen, um auch Erfolg damit zu haben.

Stadtrat Axel Knoche, GRÜNE-Fraktion, stellt in den Raum, dass man sich fragen müsse, ob nicht bereits in die letzte Chilbi 30.000 € zu viel investiert wurden, wenn diese kein Erfolg gewesen sei.

Stadtrat Bernhard Boll, AfD, fragt nach, wie viel Kosten außer den 30.000 € jährlich für das Heimatfest noch anfallen.

Der Oberbürgermeister erläutert die anfallenden Kosten und Aufwendungen.

Nach weiterer Erörterung

1. Beschluss: (Antrag GRÜNE-Fraktion)

Der Gemeinderat beschließt, den Heimatabend ab dem Jahre 2015 vollständig in die Verantwortung der Traditionsvereine zu übergeben und für die Durchführung den Betrag von 20 000 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

21 Nein-Stimmen
3 Ja-Stimmen

2. Beschluss: (Verwaltungsantrag)

Der Gemeinderat beschließt, den Heimatabend ab dem Jahre 2015 vollständig in die Verantwortung der Traditionsvereine zu übergeben und für die Durchführung den Betrag von 30 000 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

134.

Spenden

Es liegen keine Spenden vor.

135.

Bekanntgaben

Bürgschaften

Der Oberbürgermeister gibt die in der beigefügten Vorlage aufgeführten Bürgschaften für die Darlehen der Stadtwerke GmbH bekannt.

Schulleitung Theodor-Heuss-Schule

Der Oberbürgermeister gibt bekannt, dass Frau Tatjana Frauenstein am kommenden Freitag, 10.10.2014, in ihr Amt als Rektorin der Theodor-Heuss-Schule eingeführt werde.

Eilentscheidung - Schnelles Internet

Oberbürgermeister gibt bekannt, dass er für den Anschluss einer schnelleren Internet-Verbindung im Zusammenhang mit einer Maßnahme der Badenova außerplanmäßig

130.000 € im Wege der Eilentscheidung bewilligt habe. Er kündigt er an, dass die konkreten Maßnahmen in einer anderen Sitzung vorgestellt werden würden.

Sanierung Freibäder

Oberbürgermeister Martin Albers teilt mit, dass er sich bei der Stadt Herbolzheim über die dortige Freibadsanierung erkundigt habe. Die Kosten hätten sich dort auf 1,8 Mio. € belaufen. Bürgermeister Ernst Schilling aus Herbolzheim hätte eine Besichtigung des sanierten Freibades angeboten.

136.

Verschiedenes

Kreuzung Zoll:

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, trägt vor, dass die neu eröffnete Kreuzung am Zoll problematisch sei, weil die Einbiegung in die Kupferschmidstraße beim Einfädeln eine Gefahr für die Autofahrer darstelle.

Stadtrat Alfred Scheuble, FW-Fraktion, bestätigt, dass er schon eigene Erfahrungen mit der gefährlichen Situation gemacht habe und auch die Einfädelungsspur aus der Schweiz für zusätzliche Unsicherheit Sorge.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass er abwarten möchte, wie sich die Situation an der Kreuzung bezüglich Unfällen entwickle und er im Moment keine Alternative für dieses etwa 2-3 Jahre dauernde Provisorium sehe.

Ärztlicher Versorgungsmangel

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, spricht die Versorgungsengpässe im Bereich der Ärzte an. Er schlägt vor eine Steuerungsgruppe zu gründen, die Ideen und Konzepte entwickle, um dem vordringenden Ärztemangel entgegenzuwirken. Für die Zusammensetzung dieser Steuerungsgruppe „Gesundheit“ schlägt er Vertreter des Gemeinderates, der Krankenkassen und der Ärzteschaft sowie interessierte Bürger vor und appelliert an alle Fraktionen, sich diesbezüglich Gedanken zu machen.

Oberbürgermeister Albers stellt sich die Arbeit in der von Stadtrat Hilpert angedachten Steuerungsgruppe als sehr zeitintensiv und sehr schwierig vor, da man sich in diese Thematik erst einarbeiten müsse.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, meint, dass die Stadt die Ärzte mit speziellen Angeboten nach Waldshut-Tiengen locken müsse.

Der Oberbürgermeister äußert daraufhin, dass der Ärztemangel ein gesellschaftliches Problem darstelle und besonders die objektiven Gegebenheiten der Ärzte wie beispielsweise Standortfaktoren, die Arbeitszeiten oder auch die Zukunft der Kinder, eine erhebliche Rolle spielen würden. Aus diesem Grund sehe er keine Ansatzpunkte für die Stadt diesem Versorgungsmangel entgegenzuwirken; dies sei auch nicht Aufgabe des Gemeinderates.

Stadtrat Bernhard Boll, AfD, hält nichts von der vorgeschlagenen Steuerungsgruppe und meint, dass die Rahmenbedingungen durch den Bundesgesetzgeber geändert werden müssten.

Der Oberbürgermeister fordert alle Gemeinderatsmitglieder dazu auf, sich zu überlegen, ob jemand etwas zu diesem Thema beitragen könne und dies mitzuteilen.

Stadthallensanierung- Bewerbergruppe

Stadtrat Alfred Scheuble, FW-Fraktion, möchte wissen, warum Herr Jost in seinem Vortrag zur Generalsanierung der Stadthalle gemeint habe, dass die zweite Bewerbergruppe geheim sei.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass die erste Bewerbergruppe für den Umbau bereits an den Planungen des Projektes beteiligt gewesen sei und somit Jost Consult GmbH schon bekannt sei. Die zweite Bewerbung sei noch ungeprüft und deshalb nicht bekannt gegeben worden.

toom-Baumarkt

Bürgermeister Martin Gruner gibt bekannt, dass der Eigentümer des für einen neuen toom-Baumarkt vorgesehenen Grundstückes vom Kaufvertrag zurück getreten sei und er somit die diesbezüglich noch ausstehenden Planungen ad acta gelegt habe; er werde wieder informieren, sobald ein neuer Sachstand bekannt sei.

137.

Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.